

Wirtschaftliche Wochenschau.

Köln, 14. April. Ein Zwangssyndikat für Zement? Einige Apostel der Zementspekulation verlangen das und bemühen sich, maßgebende Stellen dafür zu erwärmen. Ob die wohl auf den Leim gehen werden? Ausgeschlossen ist's nicht, denn der Racker Staat braucht jetzt Geld und nimmt's, wo er glaubt nehmen zu können. Vorläufig hat allerdings die Zementindustrie kaum etwas zu geben. Schlechter als jetzt kann's ihr kaum gehen. Unsinnig geradezu hat sie in den letzten Jahren ihre Fabrikanlagen erweitert, neue Unternehmungen gegründet und so die Leistungsfähigkeit weit über vorhandenen Bedarf hinaus gesteigert; namentlich hier im Westen, wo man im Heißhunger nach Beteiligungen im Bochumer Verband nicht genug bekommen konnte. Von etwa acht Millionen Faß hat man in wenigen Jahren die Beteiligungen auf 21 Millionen Faß gesteigert und beklagt sich nun, daß man nur einen kleinen Bruchteil davon absetzen kann. Dividenden sind infolgedessen selten und spärlich geworden in der Zementindustrie. Vielfach haben die Werke mit Fehlbeträgen abgeschlossen, und fast überall sind die Bankschulden gestiegen. Noch unerquicklicher liegen die Dinge beim Rheinisch-Westfälischen Zementverband. Der hat den Werken bisher wenig Freude gemacht und wird jetzt eigentlich nur noch durch seine Schulden auf den Beinen gehalten. Die Banken, die ihm Millionenbeträge vorgeschossen haben, können ihn nicht fallen lassen. Die Werke aber haben sich für ihren Verband verbürgt und dadurch noch weitere Verpflichtungen auf sich geladen. In andern Fällen wieder hat der Verband für die Werke einspringen und Bürgschaften übernehmen müssen. Nebenbei ist er glücklicher Besitzer verschiedener im Laufe der Zeit angekaufter Unternehmungen, und dabei haben sich mitunter recht unerquickliche Vorgänge abgespielt. Auf die Schiebungen in den Abschlüssen der Meteor, A.-G., Gesecker Kalk- und Portland-Zementwerke wurde kürzlich schon hingewiesen. Beim Erwerb der Anteile der Fabrik Deutschland wurde gar der Ruf nach dem Staatsanwalt laut. Neuerdings wird berichtet, daß der Verband in einem Prozeß mit Emil Sauer unterlegen sei und nun einige hunderttausend Mark zu zahlen habe. Die eigenartigen Geschäfte bei der Gewerkschaft Elsa wurden schon früher gekennzeichnet. Das alles sind Dinge, die zwar an sich mit der ungünstigen Lage der Zementindustrie nichts zu tun haben, die aber in das Bild, das sie bietet, noch einige dunklere Töne hineinbringen. Nun heißt's: Hilf, Samiel, hilf! Der Staat muß eingreifen, ein Zwangssyndikat schaffen, die Fabriken kontingentieren und vor allem Schutz gegen neuen Wettbewerb gewähren. Bei Licht besehen, heißt das nichts anderes, als daß er die Spekulanten, die das ganze Unglück durch ihre Gründungswut verschuldet, vor Schaden bewahren und ihnen die Taschen füllen soll. Wer nach Staatshilfe rufen wollte, um schief liegende Börsenjobber zu stützen, würde wohl kaum ernst genommen werden. Wenn ähnliche Dinge in einer Industrie geschehen, die durch spekulatives Treiben in üble Lage kam, hört man's mit ernsthafter Miene an, wenn vom Gemeinwohl geredet wird, das hier geschützt werden müsse. Die Aktie und der Kux galten doch sonst als Werte, die der Konjunktoren Wechsel unterworfen und auf schwankende Erträge angewiesen waren. Jetzt möchte man sie für die Zement-Industrie mündelsicher machen, möchte ihnen durch staatlichen Zwang dauernd sichern Ertrag gewährleisten. Im betonten Unterstand des Kriegssozialismus strebt man sie unterzubringen und vor allen Fährlichkeiten zu bewahren. Das liegt jetzt in der Luft, und die Leute, die das wollen, haben eine feine Witterung für die aus der Kriegslage geborenen Anschauungen. Sie erscheinen dabei noch als Retter des Vaterlandes, wenn sie dem Staat eine besondere Abgabe auf das Faß Zement für seine Hilfe in Aussicht stellen. Fördern wohl gar noch besondere Anerkennung oder klingende Belohnung ihrer angeblichen Verdienste um die Zement-Industrie im besondern und das Vaterland im allgemeinen. Man hat Beispiele, daß ähnliches schon vorkam. Trotzdem sollte man sich hüten, ihren Lockungen zu folgen. Weit weniger als andere Gewerbebezüge kann die Zement-Industrie die Einschränkung in spanische Stiefel staatlicher Bevormundung ertragen. Sie stellt Qualitätsware her; die Leistungen ihrer Werke gehen außerordentlich weit auseinander, fortlaufend muß sie den wechselnden Bedürfnissen der Bautechnik sich anpassen und darf nimmermehr ihre Bewegungsfreiheit aufgeben, wenn sie auf der Höhe bleiben und späterhin im Wettbewerb mit dem Ausland bestehen will. Daß man jetzt unter der Zwangslage des Krieges ihre Ausfuhr regelt, sie zu einheitlicher Preisstellung auf den noch verbliebenen Auslandsmärkten zwingt, muß hingenommen werden. Alles aber, was darüber hinausgeht, ist vom Uebel, und es könnte recht bedenkliche Folgen haben, wenn man jeder Industrie, die durch eigene Schuld in üble Lage kam, den Anspruch auf Staatshilfe zuerkennen und dem Staat die Verpflichtung zum Eingreifen auferlegen wollte.

Ähnliches hat man schon im Kalibergbau erlebt. Auch dort war im Gründungsfieber nimmersatter Spekulanten die Lage gründlich verfahren worden. Als man sich nicht mehr einigen

konnte, wurde die Staatsgewalt herbeigerufen. Die Leute, die bis dahin Kaliaktien und Kalikuxe gehandelt und getrieben hatten, wurden mit einem Male merkwürdig „sozial“. Von der Arbeiterschaft redeten sie, die in üble Lage kommen werde, wenn schwache Kaligründungen zusammenbrächen. Den Arbeitern vor allem müsse geholfen werden, um die sich die Spieler in Kaliwerten bis dahin kaum gekümmert hatten. Trotz dem machte ihr Gerede Eindruck, und so kam das Kaligesetz zustande, das eine der ungesundesten Erscheinungen unserer Volkswirtschaft dauernd aufrechtzuerhalten bestimmt ist. Hunderte von Millionen, für die man anderwärts weit bessere Verwendung gehabt hätte, sind in den Kalibergbau hinein gesteckt worden. Von einem Bruchteil der Werke konnte geleistet werden, was deren Gesamtheit hervorbringt. Unwirtschaftlich im höchsten Grade wird also, volkswirtschaftlich gesprochen, gearbeitet. Der Staat aber soll allen Unternehmungen das Auskommen ermöglichen. Jetzt hat man ihn auf neue auf den Plan gerufen, und er hat sich beeilt, eine Novelle zum Kaligesetz vorzulegen, die höhere Kalipreise bringt. Selbstverständlich werden die von vornherein für völlig ungenügend erklärt. Hat man einmal den Staat zum Diener der Interessenten gemacht, so soll er auch ganze Arbeit machen und jedem, auch dem schwächsten Werk, den Fortbestand sicherstellen. Daß man das, was wirtschaftlich schwach und nicht daseinsberechtigt ist, nicht künstlich am Leben halten, sondern fallen lassen soll, gilt in einer Zeit nicht mehr, die als neuesten Grundsatz aufgestellt hat, daß nicht Wirtschaftlichkeit, sondern Leistung das Ziel aller Volkswirtschaft sei. Vergessen sollte man aber nicht, daß volkswirtschaftlich wenig oder nichts geleistet wird, wenn man aus den Taschen einheimischer Verbraucher die Mittel nimmt, um Unternehmungen zu stützen, die in der Sturm- und Drangperiode der Kali-Industrie gegründet wurden, ohne jede Rücksicht auf volkswirtschaftliches Bedürfnis. Daß unter der übeln Lage des Kalibergbaus jetzt alle Werke leiden, ist klar. Gerechte und Ungerechte sitzen nun in derselben Verdamnis. Was Heilung hätte bringen können: wirtschaftliche Auslese in der Zeit niedergehender Konjunktur, hat man unmöglich gemacht. Geht man auf den so betretenen Wegen immer weiter, so gelangt man schließlich bald in diesem, bald in jenem Gewerbe zu volkswirtschaftlich höchst bedenklicher, durchaus unwirtschaftlicher Kapitalanlage größten Stils.

Im Kohlenbergbau hat man den Staat allerdings nicht gerufen. Hier kam er schon von selbst und drohte mit dem Zwangssyndikat. Dem ist man vorläufig noch entgangen und hat sich im Uebergangssyndikat zusammengefunden, in dem auch der Staat vertreten ist. Bisher hat man an seiner Mitwirkung wohl kaum besondere Freude gehabt und wird sie später allem Anschein nach noch weniger haben. Denn schon werden Höchstpreise angekündigt und noch immer droht in der Zukunft Hintergrund das Zwangssyndikat. Daneben ergeben sich schon jetzt noch mancherlei andere Schwierigkeiten. Die staatlichen Zechen sind dem Uebergangssyndikat nach Bewilligung der bekannten Vorrechte zwar beigetreten, suchen aber offenbar ihre Vorrechtsstellung noch zu erweitern. Das zeigt sich jetzt in den besondern Handelsorganisationen, die der Fiskus sich zu schaffen strebt. Eine westdeutsche Vertriebsstelle von Erzeugnissen der staatlichen Ruhrzechen G. m. b. H. mit dem Sitz in Köln hat er gegründet. Ebenso eine süddeutsche Vertriebsstelle mit dem Sitz in Duisburg. Dabei war schon vor dem Eintritt des Fiskus in das Syndikat eingehend besprochen, daß die Handelsorganisation einheitlich erfolgen müsse. Auch im Kohlenkontor, in dem der Fiskus Sitz und Stimme in Anspruch nahm, strebt er eine Sonderstellung an. Sie kann mit der Ausnahmebestimmung, die man ihm im Syndikat selbst aus naheliegenden Gründen in allseitigem Einverständnis eingeräumt hat, nicht begründet werden. Was der Fiskus jetzt bezüglich seiner Handelsorganisation in Anspruch nimmt, kann deshalb mit demselben Recht schließlich auch jedes andere Syndikatsmitglied verlangen. Dann aber kommt man zur Zersplitterung der Handelsorganisation, deren Zusammenfassung und Vereinheitlichung man doch gerade erstrebte. In der Aktionärversammlung der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft hat Kirdorf, der getreue Eckart des Kohlenbergbaus, auf diese Schwierigkeiten nachdrücklich hingewiesen und hervorgehoben, daß eine Verknüpfung der Verhältnisse vorliege, wenn man zwar der Syndizierung der Industrie zustimme, daneben aber die einheitliche Regelung des Kohlenhandels in Frage stelle. Daß dadurch auch die Begründung eines Dauersyndikats erschwert wird, liegt auf der Hand. Der Fiskus scheint sich allerdings mit dem Gedanken zu trösten, daß er mit der Androhung des Zwangssyndikats das bequeme Mittel in der Hand habe, um alle seine Wünsche durchzusetzen. Das kann ihm äußerlich vielleicht im Kohlenbergbau gelingen. Darüber aber muß er sich klar sein, daß er weit über dessen Kreise hinaus die Neigung zur Syndikatsbildung schwächt und den Zusammenschluß auch in andern Industriezweigen stört, wenn man dort sieht, wie er im Kohlenbergbau zu wirtschaften beginnt.

Die Kriegslage schiebt allerdings die Staatsgewalt immer mehr in den Vordergrund. Jetzt tritt sie, wie längst gezeigt wurde, auch in der Spiritus-Industrie auf und trifft dort alle Anstalten zur Errichtung eines Zwangs-Syndikats. Es kann, wie die Dinge liegen, sehr leicht der Vorläufer eines Monopols werden. Im Kriege kann man das hinnehmen. Im Frieden aber sehen die Dinge anders aus. Selbst in den Kreisen, die sonst Anhänger des Staatssozialismus sind, und vor allem in den Kreisen des politischen Sozialismus, regen sich Bedenken gegen die neueste Entwicklung unserer Wirtschaft. Man faßt dort vor allem die fiskalische Wirkung der staatlichen Organisationen ins Auge und sieht darin mehr das wachsende Bestreben nach Ausdehnung und Vermehrung indirekter Steuern als die Entwicklung zur Gemeinwirtschaft. Vermöge der riesigen Anforderungen, die der Krieg an unsere Volkswirtschaft stellt, wird denn in der Tat auch, wenigstens für die nächsten Jahre, die Beschaffung von Geldmitteln durch Monopole und Zwangs-Syndikats Hauptsache. Dahinter tritt vorläufig alles andere zurück. Einstweilen ist das Fortschreiten auf diesem Wege für die staatlichen Organe noch verhältnismäßig leicht, obwohl auch so schon mancherlei Fehler gemacht werden. Weit schwieriger aber muß die Lage werden, wenn erst die Tore unseres Außenhandels wieder geöffnet sind, und der Wettbewerb mit der Industrie anderer Länder wieder in seine Rechte eintritt. Auch dafür Vorsorge zu treffen, ist Aufgabe unserer Kriegswirtschaft.